

Gian Enrico Rusconi

Die politischen Wurzeln der schleichenden Entfremdung

1. Zur Ausgangslage

Kann man ein Land sympathisch, wirtschaftlich interessant, kulturell anziehend, aber zugleich politisch wenig relevant finden? Und kann man es dementsprechend auch mit einem Schuss Opportunismus behandeln, weil man meint, es sei nicht ganz vertrauenswürdig? Ja, das geht. So denkt ein großer Teil der politischen Klasse der Bundesrepublik Deutschland über Italien – und handelt auch danach. Natürlich findet sich davon nichts in regierungs- und parteiamtlichen Erklärungen, in Pressekommentaren aber schon – und zwar nicht nur zwischen den Zeilen. Andererseits: Kann ein Land eine andere Nation bewundern? Können seine Repräsentanten ohne Unterlass erklären, dass sie die Ansichten der bewunderten Nation teilen und zu engster Zusammenarbeit fest entschlossen sind, ohne dass diese hehren Absichtserklärungen politische Folgen haben? Ja, auch das geht. So verhält sich die italienische Regierung und – generell – die italienische Politik gegenüber der Bundesrepublik von heute. In diesen Tagen wird etwa fast täglich das deutsche Wahlrecht als Modell für Italien hingestellt, ohne dass man so genau wüsste, worum es sich dabei eigentlich handelt.

Diese Schiefelage ist unübersehbar, und sie hat viel mit einer grundlegenden politisch-institutionellen Asymmetrie zwischen den beiden Staaten zu tun. Da ist auf der einen Seite die Bundesrepublik, die sich bei der Bewältigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Probleme auf stabile politische Institutionen stützen kann, die es ihr auch erlauben, in Europa eine wichtige Rolle zu spielen¹. Auf der anderen Seite steht Italien mit seinem chronischen Defizit an politisch-institutioneller Stabilität, das nicht nur die Lösung interner Probleme erschwert, sondern auch verhindert, dass sich Italien Gehör im europäischen Konzert verschaffen

¹ Vgl. hierzu Gian Enrico Rusconi, *Deutschland – Italien, Italien – Deutschland. Geschichte einer schwierigen Beziehung von Bismarck bis zu Berlusconi*, Paderborn u.a. 2006, S. 341–346; auch andere in diesem Beitrag angesprochene Aspekte der deutsch-italienischen Beziehungen werden in diesem Buch ausführlich diskutiert.

kann. Deutschland erlangte so immer größeres Gewicht, während Italien ein Land unter vielen in der Europäischen Union geworden ist. Obwohl in den Einrichtungen der „Großen“ nach wie vor präsent, hat die italienische Regierung Mühe, die Gefahr zu bannen, bei den Entscheidungen über die wichtigen Fragen an den Rand gedrängt zu werden, und das trotz der nicht zu unterschätzenden – auch militärischen – Verpflichtungen, die das Land auf sich genommen hat und die es beispielsweise in den Libanon und nach Afghanistan geführt haben, von dem ebenso kurzen wie peinlichen Gastspiel im Irak ganz zu schweigen.

In diesem Koordinatensystem muss das verortet werden, was ich – bewusst überspitzt – die *schleichende Entfremdung* zwischen beiden Ländern nenne. Ich will damit andeuten, dass sich mit dem Fall der Mauer eine Zäsur ergeben hat, die das deutsch-italienische Verhältnis im Vergleich mit den Jahrzehnten zuvor grundlegend verändert hat. Handelt es sich dabei um eine subjektive Einschätzung oder um ein reales Problem? Wenn letzteres der Fall sein sollte, ist es dann mehr aus einer binationalen Perspektive oder eher aus größeren geopolitischen Veränderungen zu erklären? Gibt es schließlich, über die politische Ebene hinaus, Anzeichen für eine Entfremdung in der öffentlichen Meinung oder – noch genereller – im Fundus der aufeinander bezogenen Urteile und Vorurteile?

Die These von der *schleichenden Entfremdung* ist nicht unumstritten und wird, trotz mancher Zugeständnisse, von manchen Wissenschaftlern und offiziellen Kulturbeauftragten sogar lebhaft zurückgewiesen. Vor allem Diplomaten und Persönlichkeiten, die für den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch verantwortlich sind, beteuern auf der Basis handfesten Zahlenmaterials, dass die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland ausgezeichnet seien. In Wirklichkeit handelt es sich bei ihren gegen meine These gerichteten Reaktionen um ein Missverständnis: Sie halten für ungerechtfertigte Kritik, was eigentlich als Alarmruf gemeint ist – als Alarmruf angesichts des Missverhältnisses zwischen dem Engagement, das der Pflege des bilateralen Verhältnisses gewidmet wird, und den Ergebnissen, die daraus resultieren.

Anders liegt der Fall bei den Wissenschaftlern diverser Disziplinen, die sich von Berufs wegen mit Deutschland und Italien befassen – vor allem bei den Germanisten und Historikern. Auch sie sprechen von der Dichte und Qualität der Studien und von der Intensität der Kontakte zwischen den *scientific communities* der beiden Länder, auch wenn sie einräumen, dass sie sich in einer Nische bewegen und dass die öffentliche Resonanz auf ihre Leistungen

eher gering ist. In der Tat gibt es ein überraschendes Missverhältnis zwischen dem hohen Reflexionsniveau, das in der Germanistik und in der Geschichtswissenschaft anzutreffen ist, und der Persistenz oberflächlicher Kenntnisse gerade in der gebildeten Öffentlichkeit, an welche sich die Wissenschaftler wenden. Was fehlt, ist eine politische Kultur, die diesen Namen wirklich verdient. Um ein weiteres Missverständnis zu vermeiden: Es handelt sich nicht darum, die jeweilige Kulturnation immer wieder von Neuem künstlich zu befruchten (auch wenn man sich hier von Frankreich durchaus eine Scheibe abschneiden könnte), sondern darum, ein authentisches Interesse unter den politischen Klassen der beiden Länder zu stiften.

Aber hier stößt man auf eine eigenartige Haltung der Protagonisten des wirtschaftlichen und kulturellen Transfers, die meine These von der wachsenden Indifferenz zwischen Deutschland und Italien zurückweisen. Während sie nämlich zugeben, dass im Bereich der Politik nicht alles das gemacht wird, was gemacht werden könnte und sollte, fügen sie sogleich hinzu, dass dieses Versäumnis im Falle Italiens im Grunde nicht so schwer wiege. Wer so denkt, ist ein Opfer des schlimmen Paradoxons, demzufolge Italien eine kulturell und wirtschaftlich attraktive, auf seine Weise auch effiziente Nation sei, wenn nur die Politik dabei nicht im Spiel ist. Aus dieser Denkweise ergibt sich dann der Einwand, dass das von politischen Sorgen beeinflusste kritische Urteil über die bilateralen Beziehungen zwar legitim sei, aber nicht für die Gesamtheit des Austausches zwischen beiden Ländern gelten könne. Dieser Einwand ist verfehlt; ihm muss entschieden widersprochen werden.

2. Das Gewicht der Politik und die negativen Folgen der institutionellen Asymmetrie

Das schwierigste Problem, das diejenigen zu klären haben, die sich mit den deutsch-italienischen Beziehungen befassen, bezieht sich darauf, welches Gewicht der Politik dabei genau zuzumessen ist. Wenn man die Politik im engeren Sinne isoliert, kommt man immer wieder auf die Asymmetrie zurück, die bezüglich der Stabilität des deutschen politischen Systems und der chronischen Instabilität des italienischen zu konstatieren ist – eine Tatsache, die seit dem politischen Neubeginn nach 1945 besteht, auch wenn sie heute neue Aspekte gewonnen hat. A posteriori müssen, um der Wahrheit die Ehre zu geben, auch deutsche Beobachter einräumen, dass die sogenannte Erste Republik in Italien politisch instabiler erschien, als sie es in Wirklichkeit war. Die häufigen Regierungs-

wechsel in Rom verstellten nur allzu oft die dauerhafte Herrschaft einer von der *Democrazia Cristiana* dominierten politischen Klasse und die Konsistenz eines politischen Systems, dessen Beständigkeit und Flexibilität sich nicht an der Zahl der Regierungen messen lässt; dafür müssen andere Kriterien herangezogen werden.

In dieser Perspektive gewinnen auch die Kontinuität und Kohärenz der von den italienischen Regierungen in dauerndem Einvernehmen mit Bonn verfolgten Europapolitik ihre volle Bedeutung – und zwar seit den heute etwas verklärten Zeiten von Adenauer und De Gasperi bis zu Kohl und Genscher oder Andreotti und Colombo². Dabei handelte es sich um ein glückliches Einvernehmen, das nicht nur aus gemeinsamen Idealen, sondern auch aus konkreten nationalen Interessen resultierte; rauere Töne und Phasen der gegenseitigen Distanz waren dennoch nicht ausgeschlossen. Man denke nur an das nie überwundene Misstrauen, das Helmut Schmidt gegenüber Rom empfand, oder an die verdeckten, aber deswegen nicht minder langlebigen Reserven Giulio Andreotti gegenüber dem Nachbarn jenseits der Alpen, die sich beispielsweise in seinem berühmt-berüchtigten Verdikt von 1984 über die Gefahr des „Pangermanismus“³ und in seiner demonstrativen Zurückhaltung angesichts der sich beschleunigenden Wiedervereinigung 1989/90 äußerte. Aber – ich wiederhole es – diese Spannungen traten vor dem Hintergrund gefestigter gemeinsamer ideeller und materieller Interessen auf, weshalb Italien und Deutschland im positiven Sinne aufeinander angewiesen waren, wenn sie am europäischen Einigungsprozess teilnehmen und diesen in ihrem Sinne beeinflussen wollten.

Parallel dazu – und dies war vor allem dem außerordentlichen Engagement der Goethe-Institute zu verdanken – kam es zu einer bemerkenswerten Vertiefung der wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte über den engen Kreis der Universitäten hinaus. Erinnerung

² Vgl. hierzu die einschlägigen Beiträge in Teil 2 („Akteure und Weltbilder“) und Teil 3 („Nach der Katastrophe auf dem Weg nach Europa“) des von Gian Enrico Rusconi und Hans Woller herausgegebenen Sammelbands *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000*, Berlin 2006.

³ Außenminister Andreotti wurde in der Presse mit den Worten zitiert: „Wir alle sind damit einverstanden, daß es zwischen den beiden Deutschland gute Beziehungen geben muß. Das stellt einen Beitrag zum Frieden dar, den niemand unterschätzt. Es muß aber klar sein, daß man in dieser Richtung nicht übertreiben sollte; das heißt, man muß anerkennen, daß der Pangermanismus überwunden werden muß. Es gibt zwei deutsche Staaten, und zwei müssen es bleiben.“ Zit. nach Rusconi, *Deutschland – Italien*, S. 254.

sei hier nur an die intensive wissenschaftliche, publizistische und politische Debatte in den siebziger Jahren über das Scheitern von Weimar, wobei tatsächliche und angebliche Analogien zu Italien eine wichtige Rolle spielten, oder an die lebhaften Diskussionen über den Historikerstreit der achtziger Jahre, die – auch in ihren politischen Konnotationen – in enger Beziehung zum Revisionismus-Streit in Italien standen. Später hat sich Vergleichbares nicht mehr zugetragen.

Anfang der neunziger Jahre implodierte das italienische Parteiensystem im Zuge einer beispiellosen politisch-moralischen Krise. Italien verlor danach immer mehr an Interesse für das wiedervereinigte Deutschland, das zunehmend an Selbstsicherheit gewann und sich im neuen Umfeld Europas gut behauptete. Damit wurde aber das Fundament einer über Jahrzehnte hinweg konvergenten Außen- und Europapolitik Italiens und Deutschlands untergraben, die auf vier Axiomen beruht hatte:

- a) Die nationalen Interessen der beiden Staaten deckten sich umstandslos mit dem Ziel der europäischen Integration und umgekehrt. Die Legitimation der beiden Demokratien basierte auf dieser manifesten Koinzidenz.
- b) Das Ziel der europäischen Einigung sah man in der Schaffung einer föderalen staatlichen Struktur.
- c) Zwischen europäischer und atlantischer Orientierung bestand völlige Kompatibilität sowie kulturelle und institutionelle Komplementarität, vor allem mit Blick auf die NATO.
- d) Deutschland und Italien hatten in allen europäischen sowie in allen wichtigen internationalen Organisationen das gleiche Gewicht.

In den neunziger Jahren erwiesen sich diese Axiome als bloße Fiktionen. Die deutschen und italienischen Politiker versuchen seither nicht einmal mehr, einander zu verstehen. Die von ihren Krisen absorbierten politischen Kräfte Italiens verlieren den Kontakt zu ihren deutschen Ansprechpartnern. Auf diese Weise verfällt eine jahrzehntelange Tradition des Austausches und der Kooperation zwischen deutschen und italienischen Christdemokraten sowie zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der politischen Linken Italiens. Den Rest besorgte Berlusconi. Es ist hier nicht der Ort für eine eingehende Analyse eines Phänomens, das man als Berlusconiismus bezeichnen könnte, und der internationalen Reaktion darauf. Das von Silvio Berlusconi geschaffene und repräsentierte System verdankte sich nicht nur politischer Verführung durch einen Außenseiter, der seinen Reichtum und seine Medienmacht (er ist Besitzer der wichtigsten privaten Fernsehsender) be-

nutzte, um mit Hilfe einer Mitte-Rechts-Koalition die Macht an sich zu reißen. Berlusconi steht für die Wiederentdeckung des demokratischen Populismus und die Neuschöpfung einer Medien-demokratie, die darauf zielt, die traditionelle Parteiendemokratie zu ersetzen. Dieses Phänomen war und ist Ausdruck einer politischen Kultur, die ideologisch von einem überlebten Antikommunismus und einer gezielten Konfrontation mit der Linken zehrt. Schließlich ist es kein zweitrangiges Detail, dass Berlusconi politische Programme nur danach beurteilt, ob sie seiner unangefochtenen Führungsrolle dienen oder nicht.

Es versteht sich von selbst, dass eine solche Erscheinung für Unbehagen und Irritation in der politischen Klasse der Bundesrepublik gesorgt hat. Der Berlusconiismus ist so tatsächlich Ursache und Katalysator der Entfremdung zwischen Deutschland und Italien gewesen, wobei ich aber einen anderen Aspekt noch besonders betonen möchte: Stimuliert von dem negativen Bild, das man sich in Deutschland von Berlusconi gemacht hat, haben auch alte Urteile und Vorurteile über die Italiener als solche oder über die Mehrheit von ihnen wieder neue Nahrung erhalten, die sich wegen ihrer Unterstützung für den *cavaliere* als dilettantisch, oberflächlich, tendenziell kriminell und fernseh-süchtig erwiesen hätten. Für das Image der Italiener ist so ein doppelter Schaden entstanden.

3. Die politischen Beziehungen zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Nach der Wahlniederlage Berlusconis im Frühjahr 2006 durfte man sich eine Wende und einen kräftigen Revitalisierungsschub für die deutsch-italienischen Beziehungen erwarten. Ministerpräsident Romano Prodi hat solche Initiativen mehrmals angekündigt, geschehen ist nicht viel, was vielleicht auch kein Wunder ist. Die politischen Rahmenbedingungen in Europa, in die solche Initiativen eingebettet werden müssten, haben sich nämlich – gemessen an den Axiomen, die für die deutsch-italienische Konvergenz vergangener Tage bestimmend waren – grundlegend geändert.

Das erste Axiom, die Koinzidenz von nationalen und europäischen Interessen, wird weiter für feierliche Grundsatzserklärungen bemüht; in der politischen Praxis aber unterliegt es strengen, vor allem wirtschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen. Europäische Interessen werden nur dann prioritär verfolgt, wenn sie nicht mit nationalen Interessen kollidieren. Die Differenzen zwischen Rom und Berlin resultieren aus der Tatsache, dass die nationalen Interessen nicht mehr im gleichen Maße wie früher mit Europa kompatibel

sind. Das zweite Axiom – das Ziel eines föderalistischen Europa – ist angesichts der Geschichte der EU und ihrer politischen Institutionen obsolet geworden, wie sich in der stürmischen Debatte um eine europäische Verfassung und an der allgemeinen Lähmung gezeigt hat, die auf das Scheitern der diesbezüglichen Volksbefragungen in Frankreich und Holland gefolgt ist. Natürlich versichern Angela Merkel und Romano Prodi, dass sie alles tun werden, um die Situation zu entspannen und Europa voranzubringen – in der Zukunft.

Das dritte Axiom – die Komplementarität von Europaorientierung und Atlantismus – wird dauernd in Frage gestellt, und zwar nicht nur wegen der Kritik an der amerikanischen Politik und des in Teilen der öffentlichen Meinung grassierenden Antiamerikanismus, sondern auch wegen der fruchtlosen Diskussion über die neue Rolle der NATO in Europa. Hinzu kommt die Unfähigkeit der Europäer, gemeinsame Streitkräfte aufzubauen, die in der Lage wären, Friedensmissionen durchzuführen – mit der Konsequenz, dass sich italienische und deutsche Soldaten in Afghanistan ohne nennenswerte politische Abstimmung im Einsatz befinden. Das vierte Axiom – die Gleichrangigkeit von Italien und Deutschland – wird permanent durch die Tatsache widerlegt, dass Italien bei allen wichtigen internationalen Kontakten, Konsultationen und Kooperationen fehlt, während die Bundesrepublik daran in voller Souveränität an der Seite der anderen großen europäischen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Russland teilnimmt – ungeachtet der diplomatischen Gepflogenheiten in der Europäischen Union⁴. Im Augenblick ruht der deutsche Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; Italien hat die deutschen Pläne nicht unterstützt, es hat sie sogar zu durchkreuzen versucht, was zu schweren diplomatischen Verstimmungen geführt hat, die freilich in der öffentlichen Meinung beider Länder keinen größeren Widerhall gefunden haben.

Die Aufgabe, die politischen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland wieder zu verbessern, ist sehr anspruchsvoll. Um sie lösen zu können, gilt es nicht zuletzt, die kulturpolitischen Aktivitä-

⁴ Dies zeichnete sich bereits im Zuge der Beratungen um die Zukunft der beiden deutschen Staaten und ihre mögliche Vereinigung 1989/90 ab. Kritik, durch den sogenannten Zwei-plus-Vier-Prozess von den Verhandlungen ausgeschlossen zu werden, wie sie neben dem niederländischen Außenminister Hans van den Broek auch sein italienischer Kollege Gianni De Michelis geäußert hatte, konterte Bundesaußenminister Genscher mit dem fast schon legendären und als verletzend empfundenen Satz: „You are not part of the game!“ Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 729.

ten zu verstärken, wobei auch das Engagement von Wissenschaftlern beider Länder – wie es sich auch in diesem Band niederschlägt – stärker zur Geltung gebracht werden könnte. Oder wollen wir uns wirklich damit abfinden, dass wir uns bis in alle Ewigkeit die traurige Geschichte erzählen, dass Italien ebenso interessant wie sympathisch ist – und zwar ohne Politik, ja vielleicht nur dann.

Aus dem Italienischen übersetzt von Thomas Schlemmer und Hans Woller.